

Antrag

der Fraktion der CDU/CSU

75 Jahre Marshall-Plan – Das transatlantische Bündnis als Rückgrat von Frieden und Freiheit in Europa stärken – Die einzigartige Partnerschaft festigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 3. April 1948 verabschiedete der US-Kongress den Marshall-Plan (European Recovery Program, ERP) und machte damit den Weg frei für das erfolgreichste Wiederaufbauprogramm in der Geschichte. Mit der Lieferung von Lebensmitteln und Brennstoffen haben die USA die unmittelbare Not im Nachkriegseuropa gelindert. Mit dem Aufbau nationaler Fonds und Förderbanken schafften die USA die Voraussetzungen für eine dauerhafte Förderung von Wiederaufbau, Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit in Europa. Die ausdrückliche Einbeziehung Deutschlands ebnete dabei den Weg zurück in den Kreis der Partnerstaaten nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Der Grundgedanke dieses Programm war richtig: Wirtschaftliche Stabilität und politische Stabilität gehören untrennbar zusammen. Das gilt heute genauso wie vor 75 Jahren. Deutschland kann heute mit großer Dankbarkeit, Freude und Stolz auf den Marshall-Plan blicken. 75 Jahre Marshall-Plan dürfen aber nicht nur eine Erinnerung an die Vergangenheit, sondern müssen auch eine Verpflichtung für die Zukunft sein.

Die wirtschaftlichen Leistungen der Vereinigten Staaten wurden ergänzt durch das umfangreiche militärische Engagement und die Präsenz von großen US-amerikanischen und alliierten Truppenverbänden zum Schutz Deutschlands und des NATO-Bündnisgebiets im Verlauf des Kalten Krieges. Diese Leistungen der Vereinigten Staaten zeigen exemplarisch Bündnissolidarität und die Bereitschaft zu einer glaubwürdigen militärischen Abschreckung fernab der eigenen Staatsgrenzen zum Wohle von Verbündeten. Auch für diesen Schutzschirm sind wir in Deutschland und Europa den Vereinigten Staaten zu großem Dank verpflichtet. Und er muss uns Verpflichtung sein, genau diesen Grundsatz in der neuerlichen Konfrontation in Europa zu beherzigen und unser Bündnisgebiet gegen jede potenzielle Bedrohung oder Aggression zu verteidigen.

Mit dem Überfall auf die Ukraine hat Wladimir Putin das Völkerrecht gebrochen und stellt auch die europäische Friedensordnung fundamental in Frage. Vor 75 Jahren bereitete Westeuropa sich auf einen Systemkonflikt mit dem Ostblock vor – und die Wahrheit ist, dass wir uns heute erneut in einem Systemkonflikt mit Putins Russland befinden. Darauf müssen wir reagieren – politisch, militärisch und wirtschaftlich. Heute geht es wieder darum, dass wir unsere westlichen Gesellschaften, einschließlich ihrer Marktwirtschaften, so resilient und wettbewerbsfähig machen, dass sie diesem

Systemkonflikt standhalten. Und wieder geht es auch um einen Wiederaufbau, den Wiederaufbau der Ukraine. Wir wollen, dass die Ukraine ein selbstbestimmter, freier Partner im westlichen Wertebündnis wird. Dazu gehört der unmittelbare Wiederaufbau der durch Russland attackierten Ukraine genauso wie der langfristige Aufbau einer funktionierenden Marktwirtschaft und einer wettbewerbsfähigen Infrastruktur. Denn als Land, welches die Freiheit und den Weg nach Westen wählte, wissen wir, wie wichtig die ausgestreckte Hand der Verbündeten auf diesem Weg war.

75 Jahre Marshall-Plan erinnern auch daran, dass Deutschland und die USA mehr sind als Verbündete – wir sind langfristige, strategische Partner und teilen demokratische Werte. Diese transatlantische Partnerschaft gewährleistet unsere Sicherheit und sichert Frieden, Freiheit und Wohlstand von uns allen. Deshalb muss dieses Jubiläum auch Anlass sein, unsere Partnerschaft zu erneuern, zu vertiefen und weiter zu verstärken.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. gemeinsam mit unseren Verbündeten und Partnern einen Marshall-Plan für die Ukraine aufzulegen, der sich am Erfolgsmodell des ERP orientiert, beim Wiederaufbau der Ukraine unterstützt und der Hilfsmaßnahmen mit Anreizen für dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit und Friedenssicherung verbindet, insbesondere durch Maßnahmen, die Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und einen funktionierenden Wettbewerb in der Ukraine dauerhaft sicherstellen sowie Korruption und Oligarchie wirksam bekämpfen;
2. die Ukraine mit aller Kraft dabei zu unterstützen, sich gegenüber der russischen Aggression zur Wehr zu setzen, indem zugesagte Waffenlieferungen schnellstmöglich in der Ukraine ankommen, indem vorhandene Fähigkeitslücken der Ukraine geschlossen werden und indem die bestehenden Sanktionen gegenüber Russland aufrechterhalten, durchgesetzt und gegebenenfalls verschärft werden und indem Kriegsverbrechen dokumentiert und konsequent verfolgt werden;
3. in Deutschland und der NATO die Voraussetzungen für eine wirksame Bündnis- und Landesverteidigung und eine effektive militärische Abschreckung zu schaffen, insbesondere durch die Vollausrüstung der Bundeswehr und das sofortige Einhalten des 2-Prozent-Ziels der NATO im Sinne einer Untergrenze;
4. sich gleichermaßen für ein stärkeres europäisches Gewicht bei den gemeinsamen Verteidigungsanstrengungen und eine dauerhafte Präsenz US-amerikanischer Truppen in Europa einschließlich einer nuklearen Abschreckungskomponente einzusetzen und den deutschen Anteil an der nuklearen Teilhabe zu erneuern;
5. die Systemkonkurrenz, die Russland gegenüber dem Westen formuliert hat, anzunehmen und insbesondere entschieden gegen alle Versuche aus dieser Richtung vorzugehen, unsere Demokratie durch Desinformationskampagnen von außen zu destabilisieren;
6. die transatlantische Partnerschaft ökonomisch weiterzuentwickeln und eine Subventions- und Protektionsmus-Spirale zu verhindern. Unser Ziel bleibt eine Freihandelszone zwischen den USA und der Europäischen Union;
7. die historisch gewachsene Freundschaft und Partnerschaft mit den USA auch im zivilgesellschaftlichen Bereich fortzuentwickeln und bestehende Initiativen stärker zu fördern.

Berlin, den 28. März 2023

Friedrich Merz, Alexander Dobrindt und Fraktion